

Chaos in den Bürgerämtern, S. 2 ++ Ehrenamt stärken, S. 4 ++ Liberal-Islamischer Bund, S. 6 ++ Die Anschläge in Paris, S. 8

Flüchtlinge annehmen!

Trotz Großer Koalition: Wir können das schaffen!

Die Europäische Union versagt und hat keine gemeinsame Antwort auf die große Zahl von Männern, Frauen und Kindern, die sich auf den gefährlichen Weg gemacht haben – auf der Flucht vor Krieg, Armut, Verfolgung und Perspektivlosigkeit. So wenig europäische Einheit war nie, nicht bei der Bankenkrise, nicht beim monatelangen Ringen um den Verbleib Griechenlands in der EU. Bei welchem Mitgliedstaat und die Institutionen Europas dieser Herausforderung gerecht werden können, das wird entscheiden, welche Werte die EU künftig bestimmen werden. Wie wohltuend klang da das „Wir schaffen das“ der Kanzlerin. Ermunterung und Zuversicht, das Versprechen, diese größte Herausforderung nach der Wiedervereinigung anzunehmen hat enorme zivilgesellschaftliche Kräfte mobilisiert. Leider hatte dieses Versprechen nur eine kurze Halbwertszeit und wurde von einem Zickzackkurs abgelöst, der das Gegenteil von Merkels Versprechen ist. Verunsicherung, Streit und Kopflosigkeit statt eines klaren Kurses ist das Markenzeichen der Großen Koalition im Bund.

Ehrenamtliche und Verwaltungsangestellte retten die Lage

Mit tausenden Ehrenamtlichen, die seit Monaten vor dem LaGeSo und in den mittlerweile 100 Gemeinschafts- und Notunterkünften, in Hostels und Wohnungen die Flüchtlinge versorgen. Mit Essen, Kleidung, Hygieneartikeln und Freundlichkeit. Mit einer Verwaltung, die von den Wowereit-Senaten bis zur Funktionsunfähigkeit kaputt gespart wurde und die dringend personelle Verstärkung braucht, um die Leistungsfähigkeit weiterhin zu gewährleisten. Aber auch einer Verwaltung, in der nicht wenige Kolleginnen und Kollegen – beim LaGeSo, in den bezirklichen Gesundheits- und Jugendämtern, den Bauaufsichten, den sozialen Wohnhilfen, den Volkshochschulen, bei der Polizei und der Feuerwehr, um nur einige zu nennen – jetzt seit Wochen einen ganz außerordentlichen Einsatz zeigen. Ihnen allen Respekt, Dank und Anerkennung. Sie zeigen Berlins helles Gesicht.

Henkel und Czaja versagen, Kolatz taucht unter

Michael Müller hat mit seiner bemerkenswerten Regierungserklärung zur Flüchtlingspolitik die Reißleine gezogen und zugleich alles auf eine Karte gesetzt. Er hat faktisch die Koalition mit der CDU aufgekündigt. Und steht im Wort, dass jetzt endlich die Miss-



stände beseitigt werden: eine schnellere Registrierung, eine zuverlässige Gesundheitsversorgung, auch für die Nichtregistrierten, Unterkünfte, die Minimalanforderungen in puncto Sanitäreinrichtung, Hygiene und Brandschutz erfüllen. Verantwortlich für all diese Themen sind die beiden CDU-Senatoren Mario Czaja und Frank Henkel, verantwortlich für das LaGeSo, die Gesundheitsversorgung und die Ausländerbehörde. Die für Integration, Arbeit und Frauen zuständige Senatorin Dilek Kolatz von der SPD spielt keine Rolle. Einiges wurde erreicht in den vergangenen Wochen, auch durch die Unterstützung der Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr und Hilfswerke. Aber noch immer nach all den Monaten gibt es keine klaren funktionierenden Strukturen und Verantwortlichkeiten. Keine guten Voraussetzungen, um in den Hangars des Flughafens Tempelhof tausende von Menschen unterzubringen.

Fortsetzung Seite 3

Sibyll Klotz
Stadträtin
B'90/Grüne



Noch beherbergt das Rathaus Friedenau am Breslauer Platz das Jugendamt. Ab Februar wird es voraussichtlich zur neuen Flüchtlingsunterkunft.
(Foto: Ulrich Hauschild)

Berliner Mietenvolksbegehren



(Foto: Rainer Penk)

Kompromiss gefunden

Das Berliner Mietenvolksbegehren mit 50.000 Unterschriften hat den Senat gezwungen, Verhandlungen aufzunehmen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Am 12. November hat das Abgeordnetenhaus daraufhin mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen ein Wohnraumversorgungsgesetz beschlossen. Wir haben zugestimmt, weil der Inhalt des Gesetzes ein Fortschritt für die Sozialmieter ist, weil die landeseigenen Wohnungs-

baugesellschaften jetzt besonders für Menschen mit wenig Einkommen verantwortlich sind und weil der neue Wohnraumförderfonds den Einstieg in die Finanzierung von energetischen Modernisierungen bedeutet. Die Verhandlungen von Senat und Initiative können ein Modell sein, wie auch künftig Interessenausgleich zwischen Regierung und breit getragenen Initiativen stattfinden kann. Spätestens, wenn es um viel Geld geht, sind Kompromisse unerlässlich. Das Abge-

ordnetenhaus muss abwägen, wie es die Haushaltsmittel auf Investitionen, Bildung, Personal und die Wohnungspolitik verteilt.

Natürlich hat der Kompromiss zum Mietenvolksbegehren nicht alle wohnungspolitischen Probleme der Stadt erledigt. Es ging auch nur um einen kleinen Teil der Berliner Mieter/innen, nämlich jene, die bei Stadt und Land und anderen staatlichen Gesellschaften wohnen, und solche, die eine private Sozialwohnung nutzen. Bündnisgrüne Wohnungspolitik betrifft aber alle Bewohner/innen Berlins. Menschen, die schon da sind, und solche, die gerade hierher kommen. Wir wollen eine ökologische und soziale Neubaupolitik, den Ausbau von sozialen Erhaltungsgebieten und wir wollen die große Aufgabe der energetischen Sanierung so angehen, dass die Kosten gerechter verteilt sind.

Andreas Otto, MdB
Sprecher für Bauen und Wohnen
B'90/Grüne

Abgasskandal VW sorgt für dicke Luft

Endlich Schluss machen mit Betrug und Manipulation

Durch die von der US-Umweltbehörde EPA aufgedeckten Manipulationen bei den Abgaswerten bei VW ist sichtbar geworden, dass etwas faul im Autoland Deutschland ist. Studien belegen, dass im Alltagsbetrieb auch neue Autos Grenzwerte bei Stickoxiden und CO₂ oft um ein Vielfaches überschreiten. Der Bundesregierung ist das seit langem bekannt, getan hat sie nichts. Jahrzehntelange Kumpanei zwischen Autoindustrie und Bundesregierung hat Manipulationen Tür und Tor geöffnet. Weil es in Deutschland keine staatlichen Kontrollen mehr gibt, trimmen Hersteller mit allen Mitteln die Autos so, dass Grenzwerte nur in Labortest eingehalten werden. Was die Autos auf der Straße ausstoßen, ist egal.

Bundesregierung muss Kumpanei mit Automobilbranche beenden

CSU-Verkehrsminister Dobrindt zeigt bisher null Einsatz, den Skandal aufzuklären und schon gar nicht, irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. So jedenfalls gewinnt man kein Vertrauen zurück. Dabei muss die Lehre aus dem VW-Skandal sein: Wer saubere Autos verspricht, muss die Grenzwerte einhalten – ohne Wenn und Aber. Dazu brauchen wir endlich verbindliche Abgastests unter Realbedingungen. Emissionen des Straßenverkehrs sind laut Angaben des Max-Planck-Instituts für 7.000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr allein in Deutschland verantwortlich.

Elektromobilität vorantreiben

Die Zukunft muss alternativen und klimaschonenden Antriebstechnologien wie der Elektromobilität gehören. Die deutsche Automobilindustrie wird auf den Weltmärkten der Zukunft nur eine Chance haben, wenn es hierzulande in Zukunft nur Autos mit den höchsten Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutzstandards zugelassen werden.

Oliver Krischer, MdB
stellv. Fraktionsvorsitzender
B'90/Grüne



Grüne im Rathaus

Geländeerschließung unsicher

EUREF - Gesetze gelten für alle

CDU und SPD haben das Bezirksamt aufgefordert, für bis zu 85.000 qm Bruttogeschossfläche auf dem EUREF-Gelände an der Torgauer Straße die sogenannte materielle Teilplanreife zu erklären und weitere Baugenehmigungen zu erteilen. Doch das wäre nicht nur rechtswidrig, sondern könnte auch zu einer absurden Situation in Sachen Erschließung mit weitreichenden Folgen für die Allgemeinheit führen. Zwingende Voraussetzung für eine materielle Planreife ist die gesicherte Prognose, dass der Bebauungsplan in absehbarer Zeit festgesetzt wird. Dies ist erst dann der Fall, wenn insbesondere die Erschließung des Geländes gesichert ist. Bisher sollte dies über

eine neue Straße unter der Ringbahn hindurch bis zum Sachsendamm erfolgen, deren bis zu 15 Millionen Euro teurer Bau vom Land Berlin bis auf einen Eigenanteil des Projektträgers von vier Millionen Euro subventioniert werden soll.

Den Auftrag an die Bahn, die dafür nötigen Planungen durchzuführen, zog der Projektträger vor einiger Zeit jedoch zurück und schlug eine geänderte Erschließung im Bereich des S-Bahnhofs Schöneberg vor. Als deutlich wurde, dass dafür ein neuer Bebauungsplan erforderlich ist, wurde auch dieser Vorschlag wieder zurückgezogen. Derzeit ist die Erschließung des EUREF-Geländes völlig ungesichert. Bündnis 90/Die Grünen sehen daher den Projektträger in der Pflicht, die Voraussetzungen für die Erschließung zu erbringen. Dazu zählt, den seit



Der Gasometer: Landmarke des EUREF-Geländes (Foto: Wiki-Commons)

drei Jahren vorliegenden Erschließungsvertrag zu unterschreiben, die Finanzierung des Eigenanteils durch Bürgerschaft oder Grundbucheintrag zu sichern und die Planung der Erschließungsstraße wieder in Gang zu setzen. Werden ohne diese Voraussetzungen weitere Baugenehmigungen erteilt, droht ein Verkehrskollaps im Bereich Torgauer Straße und Sachsendamm.

Mit einem Leuchtturmprojekt in Sachen zukunftsfähiger Mobilität hat das nichts mehr zu tun.

Ralf Kühne, BVV
stadtentwicklungs-
politischer Sprecher
B'90/Grüne



BVV beschließt Haushalt

Trotz schwieriger Lage viele soziale und ökologische Projekte abgesichert

Der Haushalt 2016/17 war schon mit 4,9 Mio. Euro in Form einer sog. pauschalen Mehrausgabe überzogen, bevor die Beratungen im Hauptausschuss überhaupt angingen. Trotzdem konnten SPD und Grüne im Doppelhaushalt 2016/17 entscheidende Akzente setzen. Für den Bezirk konnten somit durch Umschichtungen und moderate Mehrausgaben wichtige politische Inhalte abgesichert werden.

Hierzu gehören vor allem:

- Ab 2017 sollen weitere Quartiere soziale Erhaltungssatzungen erhalten. Das schützt die Bewohner/innen vor Luxusmodernisierungen und damit verbundenen Mieterhöhungen.
- Die Wohnungslosentagesstätte soll für ihre Arbeit 26.000 € Euro zusätzlich erhalten.

- Das Quartiersbüro W40 in der Waldsassener Straße in Marienfelde konnte mit 70.000 Euro vor der Schließung gerettet werden.
- Dem bereits vor Jahren beschlossenen Fahrrad-Nebenroutenkonzept fehlte die Finanzierung. Mit 230.000 Euro wird nun die Entwicklung und Umsetzung finanziert.
- Für Energiesparmaßnahmen werden 50.000 Euro zusätzlich ausgegeben.
- 50.000 Euro pro Jahr erhält die Naturwacht in Marienfelde. Damit ist die Arbeit des Naturrangers endlich nachhaltig abgesichert.

Entscheidend wird jetzt sein, was das Bezirksamt an strukturellen Maßnahmen wirklich umsetzen kann, denn die Debatte um konkrete Anpassungen des Haushaltes 2017 wird schon im kommenden Herbst geführt. Die pauschale Minderausgabe, die noch durch den Jahresabschluss 2015 beeinflusst werden kann, steht auch schon fest: 12 Mio. Euro.

Jörn Oltmann, BVV
Fraktionsvorsitzender
B'90/Grüne

Chaos in Bürgerämtern

Der aussichtslose Kampf Bürger gegen Softbot

Was waren das für glückliche Zeiten: Mit der Einführung der Terminvergabe bei den Bürgerämtern sanken die Wartezeiten von durchschnittlich zwei Stunden auf zehn Minuten. Zeitnahe Termine waren reichlich zu bekommen. Und heute: keine Termine mehr bis Mitte/Ende Januar, freier werdende Termine werden von Softwareagenten abgegriffen

Sitzplätze zum Warten gibt es genug im Bürgeramt, Termine sind dagegen Mangelware (Foto: Ralf Kühne)



und zu Mondpreisen vermittelt, stundenlanges Warten am Tresen, zunehmende Enge und Aggression im Warteraum, ausgelaugte Mitarbeiter/innen. Seit ihrer Gründung sind die Bürgerämter von Haushaltskürzungen betroffen und die Zahl der Mitarbeiter/innen wurde fortlaufend reduziert. Gleichzeitig mussten die Bürgerämter immer mehr Aufgaben übernehmen. Die 31 zusätzlichen Personalstellen, die der Senat allen Bezirken zubilligte, können das nicht wettmachen.

Um den Bürger/innen in den Bürgerämtern wieder die Dienstleistungsqualität bieten zu können, die ihnen zusteht, sind weitere Personalmittel und eine Entschlackung der Aufgaben dringend erforderlich. Zudem müssen über das Serviceportal deutlich mehr direkte Onlinedienstleistungen bereitgestellt werden.

Ralf Kühne, BVV
Mitglied des Ausschusses für Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten
B'90/Grüne

Marienfelder Allee 222

Freies Grundstück qualifiziert verpachten

Die bündnisgrüne Fraktion hatte mit ihrem Vorschlag Erfolg, die geplante Verpachtung des freien Grundstücks an der Marienfelder Allee an inhaltliche Bedingungen zu knüpfen. Die Verpachtung soll an ein Konzept gekoppelt werden, um die Lebenssituation wohnungsloser Menschen zu verbessern. Es muss nachhaltig mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen und ein Nutzungsmix etabliert werden, das sich in den Kiez einfügt. Hierzu werden u.a. ausgewählte Flächen für den Sport

bereitgehalten. Um frühzeitig eine Akzeptanz vor Ort herzustellen, wird ein Beirat gegründet, der die Umsetzung des o.g. Konzeptes begleitet. Die vor Ort engagierte Wohnungsbau-Gesellschaft degewo soll in das Vorhaben eingebunden werden.

Jörn Oltmann, BVV
Fraktionsvorsitzender
B'90/Grüne

Hilfe aufgestockt

Mehr Mittel für die Wohnungslosenhilfe in Tempelhof-Schöneberg – Bezirksamt erhöht den Zuschuss für die Wohnungslosentagesstätte um 26.000 Euro

Auf Antrag der rot-grünen Zählgemeinschaft erhöhte das Bezirksamt trotz angespannter Haushaltslage den Zuschuss für die Wohnungslosentagesstätte des Unionhilfswerks in der Gustav-Freytag-Straße 1 in Schöneberg. Die Aufstockung wurde in den Haushalt für 2016/2017 eingestellt. Mit der Aufstockung der Mittel soll die stark nachgefragte Wohnungslosentagesstätte ihre Öffnungszeiten ausweiten können und verstärkt auch Frauen in der Not Angebote machen können. Denn gerade die Angebote für wohnungslose Frauen sind in Berlin sehr begrenzt.

Die Wohnungslosentagesstätte ist Anlaufstelle und Treffpunkt für wohnungslose Menschen. Bedürftige erhalten hier etwas Warmes zu essen, zu trinken und Soforthilfen in akuten Notlagen. Sie ist mittwochs bis sonntags von 13 bis 18.30 Uhr geöffnet und unter der Tel.-Nr.: 211 79 56 sowie der E-Mail: wota@unionhilfswerk.de erreichbar.

Aferdita Suka, BVV
sozialpolitische Sprecherin
B'90/Grüne

Baustopp – Senat „spontan“

Stammbahn statt Schöneberger Schleife im Wannseebahngraben

Die „Schöneberger Schleife“ ist ein Multifunktionsweg, der die Wohngebiete zwischen der S 1, der S 2 und der S 42 mit dem Gleisdreieck verbinden soll. Ein barrierefreier Zugang zum Gleisdreieckpark an den Yorckbrücken gehört auch dazu. Der Weg führt zum Teil über die ungenutzte Fläche der Stammbahn im Wannseebahngraben und ist als Zwischennutzung bis 2028 geplant. Trotz Querelen mit Anwohner/innen über Details beim Baumschutz besteht Einigkeit zwischen BVV, Bezirksamt und Bürger/innen, dass die Schöneberger Schleife nachhaltig die Lebensqualität im Norden des Bezirks verbessert.

Dieses Projekt hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung nun kurz vor dem Bau gestoppt. Grund sei der schnellere Bedarf für die Stammbahn in der wachsenden Stadt. Eine weitere Regionalbahn nach Potsdam ab ca. 2030 scheint plötzlich wichtiger als der Fahrrad- und Fußverkehr in der Innenstadt.

Der Bezirk prüft jetzt Alternativen zum Wannseebahngraben. Der B-Plan 7-69 „Grünfläche Langenscheidtbrücke“ soll dennoch gemäß dem BVV-Beschluss weitergeführt, der Vorplatz an den Yorckbrücken ohne Zugang zum Park umgesetzt werden.

Christiane Heiß, BVV
Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss
B'90/Grüne

225
Herbst/Winter 2015
seit 1984
www.derstichel.de

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser!

Das Thema Flüchtlinge beschäftigt zurzeit alle politischen Ebenen. Während im Bund darüber gestritten wird, ob der nicht abrechende Zuzug von Flüchtlingen uns überfordert oder nicht und die Große Koalition hierbei sehr unterschiedliche Signale zwischen „Willkommen“ und „Abschottung“ sendet, müssen die Kommunen oder in Berlin die Bezirke vor Ort immer neue Unterbringungsstätte bereitstellen. Auch wir beschäftigen uns mit dem Thema. So erklärt unsere Stadträtin Sibyll Klotz die Möglichkeiten, wie ein „Wir schaffen es“ auch in die Realität umsetzen. Die Arbeit der Ehrenamtlichen, die alle den Titel „Kopf des Monats“ verdient hätten, würdigen wir auf Seite 4. Aber natürlich widmen wir uns auch noch vielen anderen interessanten Themen sowohl hier aus dem Bezirk wie auch darüber hinaus. Also ein bunter Strauß von Informationen, wie Sie es von uns gewohnt sind. Viel Vergnügen bei der Lektüre wünscht Ihnen die Redaktion.

Christian Sandau
(Christian Sandau)

www.derstichel.de



Flüchtlinge

Wir schaffen das! Ehrenamtliche retten Verwaltung

Berlin lebt von seiner Vielfalt. Die Hilfe für Menschen, die aus Krisen- und Kriegsgebieten kommen, ist für die meisten Berlinerinnen und Berliner eine Selbstverständlichkeit. Das bürgerschaftliche Engagement belegt dies eindrucksvoll. Das ehrenamtliche Engagement und die zahlreichen Willkommensbündnisse ergänzen das Verwaltungshandeln, sie können und wollen es aber nicht ersetzen.

Und wie bewältigt die Berliner Verwaltung die „Krise“? Vor allem mit operativer Hektik und dem täglichen Versuch, genügend Unterkünfte für die nächste Nacht zu haben. Dafür ist seit Mitte August nicht mehr nur das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) mit Sitz in der Turmstraße zuständig. Ein „Landesweiter Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement (LKF)“ unter der Leitung von zwei Staatssekretären, dem aus dem Ruhestand für ein Jahr aktivierten ehemaligen Polizeipräsidenten Dieter Glietsch und dem ohnehin zuständigen Staatssekretär für Soziales Dirk Gerstle, hat die Koordination übernommen. Aber bisher mit mäßigem Erfolg.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geben seit Monaten ihr Bestes. Mehr als 300 Beschäftigte helfen im LAGeSo und beim Koordinierungsstab. Aber nach wie vor warten täglich hunderte Menschen vor dem LAGeSo auf ihren Termin, inzwischen wenigstens in Zelten. In der Bundesallee, wo LAGeSo, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Ausländerbehörde und Bundesagentur für Arbeit zusammen arbeiten, bleibt die Zahl der bearbeiteten Vorgänge seit Wochen hinter den Planung zurück.

Und das Management? Es drückt sich um die Frage, wie viele Menschen im nächsten Jahr Zuflucht in Berlin suchen werden, wie viele Unterkünfte gebraucht werden und wie

viele Beschäftigte notwendig sind, um die Arbeit zu schaffen. Ihm fehlt es an Ideen für die nächsten Monate und Jahre. Das Flüchtlingsmanagement wird aber eine Aufgabe für dieses Jahrzehnt bleiben.

Es werden auch dauerhafte Lösungen gebraucht. Die Funktion des Staatssekretärs für Flüchtlingsfragen bei der Senatskanzlei muss verstetigt und um eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe ergänzt werden. Die Gruppe muss gewährleisten, dass die Senatsressorts aufeinander abgestimmt handeln: Die Klärung des Status der Geflüchteten, die Bereitstellung von Unterkünften, die Gewährung von Geld- und Sachleistungen und nicht zuletzt die Integration der Menschen müssen nahtlos ineinandergreifen. Verwaltungsaufgaben sind in einem Landesamt, einer Willkommensbehörde zu bündeln.

Die Bezirksämter sind bei der Erledigung ihrer Aufgaben jetzt zu unterstützen. Die menschenunwürdige Situation in der Turmstraße darf sich in den zwölf Bezirken vor den Sozial- und Jugendämtern, in den Kindertagesstätten und Schulen nicht wiederholen. Der Senat braucht einen Plan für zusätzliche Einstellungen und für die Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dafür braucht es einen parteiübergreifenden Konsens. Die Konkurrenz zwischen den Koalitionspartnern und der Wettbewerb um Plätze im neuen Abgeordnetenhaus müssen in den Hintergrund treten. Politik und Verwaltung müssen es schaffen, den Geflüchteten Obdach und eine Perspektive zu geben. Dann wird das bürgerschaftliche Engagement auch anhalten.

Till Wildbolz —
B'90/Grüne

Flüchtlinge: annehmen!

Fortsetzung von Seite 1

Flüchtlinge in unserem Bezirk

In drei Gemeinschaftsunterkünften und fünf Notunterkünften leben jetzt, Mitte November, fast 5.000 Männer, Frauen und Kinder. Dazu kommt eine unbekannte Zahl in Hostels, Pensionen und Wohnungen. Und es werden weitere Unterkünfte dazu kommen, darunter in der Augsburgers Straße in Lichtenrade. Hier hat sich die Bezirksverordnetenversammlung für eine Einrichtung für Frauen und Kinder ausgesprochen. Fast alle diese Unterkünfte haben verantwortungsvolle Betreiber, die unterstützt werden von vielen, vielen Ehrenamtlichen. Die letzte Einrichtung, die in der zweiten Novemberwoche eröffnet wurde, ist das ehemalige Hotel President an der URANIA. Keine

48 Stunden nach der Belegung waren die Unterstützer/innen dabei, sich zu organisieren! Und was „Tempelhof hilft“ in den Hangars leistet, ist einfach gewaltig!

Dabei hat die eigentliche Aufgabe kaum angefangen: Die Integration derer, die bleiben werden. Ihnen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, Sprachkurse anzubieten, Umschulungen und letztlich die Vermittlung in Arbeit. Und dabei nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. So müssen unbedingt die Frauen gezielt unterstützt und gefördert werden. Alles in allem eine große Aufgabe für Berlin, die wir schaffen können – wenn wir das wirklich wollen.

Sibyll Klotz —

Willkommensklassen in Tempelhof-Schöneberg

Derzeit können wir im Bezirk rund 700 Schulplätze in 60 Lerngruppen für geflüchtete schulpflichtige Kinder anbieten und gehören damit zu den Spitzenreitern in Berlin. Die Klassen befinden sich an den Grundschulen, Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien in allen Ortsteilen. Auch die Berufsschulen im Bezirk unterrichten in derzeit vier Willkommensklassen geflüchtete Jugendliche, um ihnen einen optimalen Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Inzwischen konnten auch einige konfessionelle Schulen gewonnen werden, Lerngruppen anzubieten.

Doch weitere Plätze werden dazu kommen müssen, damit jedes Kind die Chance auf eine bestmögliche Schulbildung erhält. Die Unterstützung der Schulleitungen, des Lehrerkollegiums

und der Elternvertretungen, die das ehrenamtliche Engagement fördern, zum positiven Schulklima auf allen Ebenen beitragen und viele gemeinsame Aktivitäten auch nach dem Unterricht planen und durchführen, ist unerlässlich und vorhanden. Die positiven Erfahrungen in den Willkommensklassen bereichern das Schulklima auf allen Ebenen. Aber auch die Solidarität der Nachbarbezirke ist hier gefordert, insbesondere wenn dort freie Schulplätze vorhanden sind. Schule geht uns alle an und darf nicht vor den Bezirksgrenzen halt machen.

Martina Zander-Rade, BVV —
schulpolitischer Sprecherin
B'90/Grüne

Grüne fordern Unterkunft für weibliche Flüchtlinge

Mehr Schutz für geflüchtete Frauen – leerstehendes AWO-Heim in Lichtenrade soll Unterkunft für geflüchtete Frauen werden

Frauen auf der Flucht sind oft anderen Gefahren ausgesetzt als Männer. Dabei geht es auch um Gewalterfahrungen und sexuelle Belästigung. Flüchtlingsfrauen machen aber auch Gewalterfahrungen in Deutschland und sind auch Übergriffen durch Mitbewohner und Mitbewohnerinnen und Personal in den Wohnheimen ausgesetzt. Um ihnen zumindest hier bei uns in den Unterkünften einen geschützten Lebensraum anzubieten, fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Unterkünfte speziell nur für Frauen bereitzustellen. In einem

Dringlichkeitsantrag von Bündnis 90/Die Grünen beschloss die Bezirksverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung einstimmig, dass das leerstehende AWO-Heim in der Augsburgers Straße in Lichtenrade als Unterkunft nur für geflüchtete Frauen und Kinder genutzt werden soll. Dafür soll sich nun das Bezirksamt bei den zuständigen Stellen einsetzen. Die Grünen fordern in ihrem Antrag weiter, für geflüchtete Frauen ein eigenes Unterbringungskonzept vorzusehen mit der Zielsetzung, den Frauen Schutz, Stabilisierung und eine Verselbstständigung zu ermöglichen. Vor der Inbetriebnahme der Einrichtung (auch als Notbelegung) solle auch die Sanitärsituation in dem leerstehenden AWO-Heim so hergerichtet werden, dass sie die Gesundheit der zu unterbringenden Menschen nicht gefährdet. Wenn Frauen Schutz brauchen, sollte – trotz der derzeit schwierigen Belegungssituation – eine bestimmte Anzahl von speziellen (Not-)Plätzen nur für geflüchtete Frauen bereitgestellt werden.

Eingang vom AWO-Heim (Foto: Uli Hauschild)



Aferdita Suka, BVV —
integrationspolitische Sprecherin
B'90/Grüne



Eindrücke am LAGeSo (Fotos: privat)

eurogida ...täglich mediterrane Frische



13 x in Berlin

... auch in Ihrer Nähe
Tempelhof
Tempelhofer D. 2, 12101 Berlin

Obst-Gemüse Feinkost
Fleischerei Backwaren

Schöneberg
Potsdamerstr. 152 10783 Berlin

Obst-Gemüse Feinkost
Fleischerei Backwaren



Schöneberg

Ehrenamt stärken Engagierte zu Wort kommen lassen

„Mitreden und mitgestalten im Kiez“, das war das Motto des vierten Forums Schöneberg. Rund 35 Ehrenamtliche und Ehrenamtskoordinator/innen diskutierten bei der Johanniter-Unfall-Hilfe in der Feurigstraße über die Perspektiven ehrenamtlicher Aktivitäten. Welche Rahmenbedingungen müssen stimmen, um bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen? Welche Strukturen gibt es bereits im Bezirk und im Bezirksamt? Was können etabliertes, langfristiges Engagement und neues, spontanes Engagement voneinander lernen?

Dazu kamen unter anderen Vertreter/innen des Ehrenamtsbüros im Rathaus, des Nachbarschaftsheim und verschiedener Sozialverbände, Aktive aus Sportvereinen, der Flüchtlingshilfe oder dem Kulturbereich miteinander ins Gespräch. Eine zentrale Feststellung war: Um Engagierten Mobilität zu ermöglichen, braucht es rabattierte oder bestenfalls kostenlose Fahrtscheine, dies gehört zu den Rahmenbedingungen. Strittiger war die Frage der Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit: Reicht den Helferinnen und Helfern ein Dankeschön? Auch hier zeigt sich, dass das Feld der Tätigkeiten breit gestreut ist und ebenso die Bedürfnisse. Catherina Pieroth-Manelli, Kreisvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen Tempelhof-Schöneberg schlug mehr Einsatz professionellen Freiwilligenmanagements vor, von denen selbstorganisierte Ehrenamtliche wie „Schöneberg hilft“ profitieren könnten. Die Ergebnisse des Gesprächs sollen in das Wahlprogramm der Grünen Eingang finden und damit deren Arbeit in Tempelhof-Schöneberg unterstützen. Das Forum Schöneberg trifft sich einmal im Monat mit Menschen, die sich gesellschaftlich einbringen, um sie zu vernetzen und somit Synergien zu schaffen. Bisher ging es um die Belegung zentraler Plätze im Kiez, um Sportangebote und um urbanes Gärtnern mit Geflüchteten. So konnten z.B. „Mobile Seelen-

gärten“ dank des Einsatzes verschiedener Teilnehmer/innen in Tempelhofer Übergangwohnheimen realisiert werden und sind mittlerweile auch längerfristig finanziert. Das beweist: Gemeinsam lässt sich eine Menge bewegen und die Tipps und Vorarbeit der Bürgerinnen und Bürger finden Eingang in die Programmarbeit und damit auch ins Parlament. Das nächste Forum am 03.12.15 ist dem Thema „Älter werden im Kiez“ gewidmet. Angesichts des demografischen Wandels wollen wir überlegen, wie die Menschen möglichst lange zu Hause wohnen bleiben können, im höheren Alter Treffpunkte haben und Pflege und Teilhabe sichergestellt werden.

Los geht es um 18 Uhr in der Hauptstraße 125A, gleich neben der Immanuel-Diakonie.

Catherina Pieroth
Kreisvorsitzende B'90/Grüne
Tempelhof-Schöneberg



Wir freuen uns, wenn auch Sie mitreden und mitgestalten!

(Foto: Stefan Kim)

Köpfe des Monats

Neue Bürgerbewegung: beispielloses Engagement

Im Zusammenhang mit den insbesondere seit dem Sommer zu Tausenden nach Deutschland kommenden Flüchtlingen aus dem Nahen Osten hat sich in Deutschland, beinahe unbemerkt, eine neue Bürgerbewegung gebildet. Tausende Menschen quer durch die Republik helfen mit einem beispiellosen ehrenamtlichen Engagement den Flüchtlingen bei ihren ersten Schritten in einem für sie fremden Land. Dabei sammeln die Helfer Spenden ein und helfen, den Alltag in den Unterkünften zu organisieren. Sie geben alltagspraktische Hilfeleistungen. Pensionierte Ärzte helfen bei der gesundheitlichen Betreuung. Lehrer, die entweder schon im Ruhestand sind oder ihre Freizeit opfern, helfen den ankommenden Menschen beim Erlernen der deutschen Sprache. So gibt es in vielen Flüchtlingsunterkünften mehr ehrenamtliche Helfer als hauptamtliche Mitarbeiter. Vielerorts würde ohne diese Hilfsbereitschaft aus der Mitte der Gesellschaft die Versorgung der jeden Tag neu ankommenden Menschen kaum zu bewältigen sein.

Dabei bilden die Menschen einen bunten Querschnitt der Bevölkerung: von Rentnern, Studenten und arbeitenden



(Foto: R.H.)

Menschen, die sich zum Teil für mehrere Stunden am Tag in ihrer Freizeit engagieren. In unserem Bezirk helfen hunderte Bürger unter dem Namen „Tempelhof hilft“ oder auch „Schöneberg hilft“ den über 4.000 Flüchtlingen in den Einrichtungen in Tempelhof und Schöneberg.

Auch in Friedenau bildet sich zurzeit ein entsprechendes Bündnis, um den wahrscheinlich Anfang nächsten Jahres im Rathaus Friedenau ankommenden Flüchtlingen zu helfen, sich hier zurechtzufinden. Interessierte, die sich in einer solchen Initiative engagieren wollen, wird empfohlen, sich vorher zu informieren, welche Hilfe vor Ort am nötigsten gebraucht wird:

<https://volunteer-planner.org>

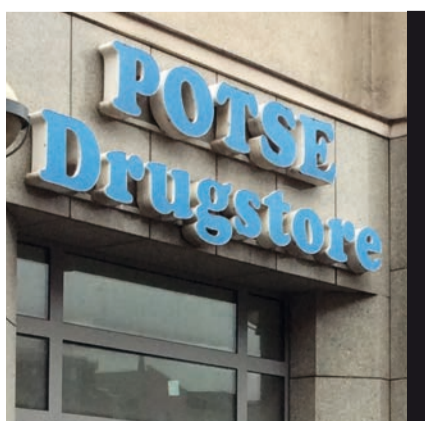
Christian Sandau, BVV —
B'90/Grüne

Drugstore in der Schweb

Am 16. September 1972 wurde in der Potsdamer Straße der „Drugstore“ eröffnet. Wie man dem Tagesspiegel entnehmen konnte, sollte er „ein Treffpunkt für Treibgänger“ und „für jugendliche Randgruppen“ sein. Der Bezirk Schöneberg mietete vom Land Berlin die Räume in der Potsdamer Straße 180 und überließ sie zur kostenfreien Nutzung an den Verein „Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Berlin“ als Träger. Als selbstverwaltetes Jugendzentrum ist der Drugstore seit den 1980ern zusammen mit dem Jugendtreff „Potse“ eine Besonderheit, die von der außerparlamentarischen Heimkampagne in der Gründungszeit bis heute alle Umbrüche überstehen konnte – einschließlich der zahlreichen Eigentümerwechsel des Gebäudes. Im ersten Nutzungsvertrag mit dem Bezirksamt waren u.a. zwei Dinge vorgesehen: eine automatische Verlängerung des Vertrags um jeweils sechs Monate und eine Vereinbarung der Vertragspartner, sich unverzüglich um Ersatzräume zu kümmern, falls eine Nutzung der Räumlichkeiten absehbar nicht mehr möglich ist. Eine Verlängerung stand in den letzten 43 Jahren oft auf der Kippe, dass es den Drugstore nach wie vor an Ort und Stelle gibt, hätte sicher keiner der damals Beteiligten geahnt. Ende des Jahres könnte die Kündigung der Räumlichkeiten nun aber wirksam werden. Der bisherige Mietvertrag läuft aus, der inzwischen private Eigentümer des ehemaligen BVG-Gebäudes sucht nach gewinnbringenderen Nutzungen – und Gewerbemieten werden zum Leidwesen zahlreicher Einrichtungen für Jugendliche und Kitas nicht gesetzlich „gebremst“. Die ursprünglichen Vertragslaufzeiten von sechs Monaten sind aus heutiger Sicht mit keiner nachhaltigen Nutzung vereinbar. Es ist ein Rückschritt, dass in den letzten Jahren die Laufzeiten wieder planungsfeindlich kurz geworden sind. Vor allem aber hat es das Jugendamt versäumt, sich an die damals getroffene Vereinbarung einer unverzüglichen Suche mit dem Träger, also den Jugendlichen, nach geeigneten Ersatzräumen zu erinnern. Damit ist ein Transparenzanspruch verbunden, der heute noch selbstverständlich sein sollte. Dieser Anspruch hätte auch manche Eskalation ersparen können.

Sollte es also dem Jugendamt gelingen, noch einmal eine bezahlbare Vereinbarung mit dem Eigentümer der Potsdamer Straße 180 zu erreichen, dürfen diese Fehler nicht wiederholt werden. Ein neuer Standort muss dem Drugstore und der Potse ermöglichen, ihre Angebote erfolgreich fortzuführen. Denn einerseits erreichen die Einrichtungen auch heute noch Jugendliche, die von anderen Einrichtungen nicht erreicht werden, und andererseits hat der Bezirk heute nicht mehr die Spielräume wie 1972 und muss darauf achten, dass Kosten und Angebote seiner Jugendfreizeiteinrichtungen in einem guten Verhältnis stehen. So wollen es die Refinanzierungsregeln des Senats und nach denen stehen beide Einrichtungen sehr gut da.

Marius Feldkamp, BVV —
jugendpolitischer Sprecher
B'90/Grüne



In die Jahre gekommen, aber mit kontinuierlicher Geschichte und nach wie vor als Anlaufstelle notwendig und beliebt. Diese nachhaltige Planung sollte auch an einem neuen Standort gewährleistet sein.
(Foto: Rainer Penk)

Rückert-Gymnasium

Ganztagsbetrieb vor dem Aus

Die Senatsschulverwaltung hat im Rahmen ihrer vielen Reformen vor einigen Jahren den Ganztagsbetrieb für ein Gymnasium pro Bezirk angeboten. Das Rückert-Gymnasium hatte damals den Zuschlag erhalten und ist somit seit 2012 einziges Gymnasium mit einer ganztägigen Betreuung in Tempelhof-Schöneberg. Die dafür benötigte Unterstützung gerade in Bezug auf den Ausbau der Mensa oder auch andere bauliche Maßnahmen fielen aus, Bezirk und Schule wurden allein gelassen. Es blieb beim Lippenbekenntnis. Doch der Ganztagsbetrieb bedeutet nicht nur eine gesunde Mittagsmahlzeit in vernünftiger Atmosphäre, sondern auch ein erweitertes Angebot für alle Schülerinnen und Schüler. Dabei sollen die Angebote additiv zum normalen Unterrichtsalltag stattfinden, aber für die Kinder freiwillig und vor allem kostenlos sein. Somit spielen die große Auswahl an Arbeitsgemeinschaften und die Förderung von Mitgestaltung im Mittelpunkt des Schulalltags auch am Nachmittag, was das soziale Lernen auch außerhalb der Klassengemeinschaft fördert, eine große Rolle, um Schule im Kiez als vielfältigen Lern- und Lebensraum zu gestalten. Jetzt hat die Schule angedroht, das Handtuch zu schmeißen. Dazu darf es nicht kommen. Bildung braucht Geld und Platz. Die Ideen und Programme sind vorhanden. Nun ist die Senatsverwaltung aufgefordert, den Ankündigungen nach drei Jahren auch endlich Taten folgen zu lassen, damit wir der Mischung aus Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Begabungen gerecht werden und sie auch am Nachmittag optimal versorgen können. Schule soll den Kindern nicht nur die Inhalte des Rahmenplans vermitteln, sondern sie auch beim Erwachsenwerden unterstützen.

Martina Zander-Rade, BVV —
schulpolitische Sprecherin
B'90/Grüne

Fest in Friedenauer Gemeinschaftsschule

Am 10. Oktober lud die Schule zu einem großartigen Fest ein, bei dem alle Gäste über einen roten Teppich schreiten durften und somit feierlich empfangen wurden. Viele Festredner/innen waren geladen und haben in ihren Beiträgen die Schule als den Ort des Lernens und Lebens herausgestellt, der aus dem Bezirk nicht mehr wegzudenken ist und den es fortzuentwickeln gilt. Dazu gehört selbstverständlich zur Realisierung der Inhalte des Schulprogramms die rasche Sanierung der kompletten Anlage. Erfolg braucht Platz und ein vernünftiges Umfeld! Vor allem haben zum kurzweiligen Ablauf die Programmpunkte der Kinder beigetragen: So konnte das Publikum der Schulband lauschen, mit dem Chor mitsingen, zum coolen Rap klatschen und war vor allem von dem tollen Auftritt der Willkommensklassen beeindruckt. Beim Sektempfang und der leckeren Beköstigung durch die schuleigene Schülerfirma Schlemmerburg und dem großen Elternbuffet konnten die Gäste im Anschluss gute Gespräche führen und sich dabei kulinarisch verwöhnen lassen.

Und nebenbei: Schauen Sie sich doch mal den Schulinspektionsbericht von 2014/2015 der Schule an:
http://gemeinschaftsschule-schoeneberg.de/fileadmin/daten/Grundstufe_Bilder/PDF/Bericht_07K12.pdf

Martina Zander-Rade, BVV —

KANZLEI STÄHLE Fachanwälte für Arbeitsrecht

- Sie wurden gekündigt, abgemahnt, gemobbt
- Sie erhielten ein zweifelhaftes Zeugnis
- der Lohn wurde nicht gezahlt
- die Eingruppierung ist nicht richtig

Fragen Sie uns um Rat, lassen Sie sich von uns vertreten und setzen Sie Ihr Recht durch.

Klaus Stähle
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Stefanie Wustrack
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Arbeitsrecht
Sebastian Kunz
Rechtsanwalt



Belziger Str. 74 | 10823 Berlin – Am Rathaus Schöneberg
Tel. 030 - 853 50 65 | www.kanzlei-staehle.de



Tempelhof

Lichtenrade zweigeteilt? Ebenerdige Bahntrasse beschlossen

Der Streit um die Trassenführung der Dresdner Bahn durch Lichtenrade ist scheinbar entschieden. Das Eisenbahnbundesamt hat das Planfeststellungsverfahren und damit den ebenerdigen Ausbau der Dresdner Bahn Trasse beschlossen.

Der Neubau der Teilstrecke zwischen Südkreuz und Blankenfelde wird die Fahrzeiten der Bahn in Richtung Dresden, Prag und Wien verkürzen. Die Verbindung zwischen Hauptbahnhof und dem, wann auch immer fertiggestellten Flughafen BER, wird im 15-Minutentakt stattfinden. Das wird für die Anwohner/innen in Lichtenrade bedeuten, dass alle sieben Minuten der Flughafen-Express an ihren Wohnungen vorbeirauscht. Um diesen Lärm zu vermindern, sollen bis zu fünf Meter hohe Schutzwände durch den Ortsteil gezogen und die Gleise in erschütterungsarmer Bauweise errichtet werden. Auf einer großen Veranstaltung im Gemeinschaftshaus Lichtenrade am 4. November, erläuterte die Bürgerinitiative Dresdner Bahn ihren grundsätzlichen Widerstand gegen eine ebenerdige Trassenführung. Sie listete die vielen Probleme auf, die entstehen werden. Dazu gehören der Lärm, das Zerschneiden des Ortsteils und auch die geplante Unterführung der Bahnhofstraße als dann einzig verbliebener Durchgangsstraße für Kraftfahrzeuge. Die erneut gestellte Forderung nach einem Tunnelbau im Schildvortrieb wurde von den rund 400 anwesenden Bürger/innen lautstark unterstützt. Zwar würden dadurch erhebliche Zusatzkosten entstehen. Ebenso würde sich die Fertigstellung um einige Jahre verzögern. Aber bei der dauerhaften Belastung, die durch diese Maßnahme für den Ortsteil Lichtenrade entsteht, wäre der Berliner Senat in der Pflicht gewesen, sich, wie versprochen, für eine Tunnellösung einzusetzen, so wie es alle Fraktionen in der BVV Tempelhof-Schöneberg getan haben.

Stattdessen entspricht das Verhalten der die Verantwortung tragenden Parteien SPD und CDU im Land bzw. im Bund dem üblichen „Schwarzer-Peter-Spiel“. Obwohl eine Tunnellösung im rot-schwarzen Koalitionsvertrag politisch gewollt ist, gab es keine Entscheidung des Senats für die notwendige Kofinanzierung. Im Gegenteil sprach sich Verkehrsminister Geisel (SPD) indirekt gegen den Tunnel aus. Aber es gab auch keinen entsprechenden Antrag aus der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses. Das Bundesverkehrsministerium (CSU) zeigt sowieso kein Interesse, sich für das Projekt einzusetzen. Hier wollte ja Herr Luczak, Bundestagsabgeordneter der



So könnte es auch Lichtenrade treffen. (Foto: privat)

CDU und Weltmeister im Briefeschreiben, seinen Einfluss für eine Tunnellösung geltend machen. Das Ergebnis ist, wie so häufig bei ihm, gleich null. Die BI Dresdner Bahn hat für den jetzt eingetretenen Fall angekündigt, vor Gericht zu ziehen, um den ebenerdigen Ausbau der Trasse zu verhindern. Bis zu einem endgültigen Urteil kann es Jahre dauern. Die Lichtenrader werden weiter kämpfen und die Hoffnung auf eine Entscheidung in ihrem Sinn nicht aufgeben.



Ulrich Hauschild, BVV verkehrspolitischer Sprecher B'90/Grüne

Sankt Joseph Krankenhaus Nützliche Infos für werdende Eltern

Es ist für die meisten Menschen sicher eines der schönsten Ereignisse, wenn sie als werdende Eltern erleben können, wie ein neues Leben entsteht. Mit dem St. Joseph Krankenhaus in Tempelhof befindet sich nicht nur das erste Krankenhaus, das von der WHO das Prädikat „babyfreundliches Krankenhaus“ bekommen hat, sondern mit 3.818 Geburten im Jahr 2014 auch das Krankenhaus mit den meisten Geburten in ganz Deutschland hier in unserem Bezirk.

Um allen werdenden Eltern im Bezirk wichtige Informationen rund um die Geburt zu geben, hat unsere Gesundheitsstadträtin, Sibyll Klotz, zusammen mit dem Leiter der Geburtshilfe des St. Joseph Krankenhauses, Prof. Dr. Mi-

chael Abou-Dakn, eine neue Broschüre für werdende Eltern vorgestellt. Hier bekommen die Eltern einen Überblick über die notwendigen Schritte vor und nach der Geburt des Kindes. Dazu Sibyll Klotz: „Wir wollen die Eltern dabei unterstützen, dass sie alle Unterstützungsangebote kennen und eine klare und übersichtliche To-do-Liste in der Hand halten, was in der Zeit rund um die Geburt alles zu erledigen ist“. Interessierte Menschen können die Broschüre natürlich kostenlos erhalten oder auch im Internet im Berlinportal online herunterladen.

Christian Sandau, BVV B'90/Grüne

(Foto: Christian Sandau)



Marienfelder Feldmark als Landschaftsschutzgebiet



Die Feldmark im Oktober (Foto: privat)

Landschaftsplan für das Gebiet südlich des Schichauwegs in Marienfelde vorgestellt – zufriedenstellende Umsetzung ist allerdings fraglich

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Bürgerdienste und Ordnungsamt vor der Sommerpause wurden zwei Varianten für das Feldgebiet südlich des Schichauwegs in Marienfelde vorgestellt. Die eine Variante ist eine kleine Lösung, die lediglich den Erhalt

einer schmalen Feldfläche westlich des Lichtenrader Wäldchens vorsieht. Diese Fläche, beginnend ab dem Ende des ländlichen Reitvereins bis zum Ende des Wäldchens, ca. 100 m breit, 500 m lang, soll als Landschaftsschutzgebiet gesichert werden.

Als zweite Lösung soll die gesamte restliche Marienfelder Feldmark südlich des Schichauwegs als Landschaftsschutzgebiet dauerhaft gesichert werden. Da die gesamte Feldmark, einschließlich des Wäldchens, schon jetzt durch Er-

holungssuchende sehr überlaufen ist, hat sich unsere Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung einstimmig für die große Lösung ausgesprochen, zumal auch die kleinere Lösung einen völligen Zusammenbruch der dort noch vorhandenen Natur bedeuten würde. Im Ausschuss wurde das Bezirksamt gebeten, gegenüber der zuständigen Senatsverwaltung, die letztlich die Entscheidungshoheit hat, entsprechend zu argumentieren.

Es ist zu hoffen, dass die große Lösung gewählt wird, da sonst praktisch 90 Prozent der jetzigen Freifläche für eine eventuelle Bebauung frei wäre. Dies wäre im Hinblick auf die Natur, die Erholungssuchenden und die Erhaltung einer Frischluftschneise fatal. Auch wären die letzten Landwirte in Marienfelde ihrer Existenzgrundlage beraubt. Wir werden, wenn das Ergebnis vorliegt, weiter berichten.

Fritz Matschulat, BVV B'90/Grüne

Naturranger: Job gesichert



(Foto: Naturschutzstation)

Naturschutzstation Marienfelde wird zur Naturwacht Berlin e.V. Landschaftspflege und Umweltbildung im Natur- und Freizeitpark gesichert

Seit vielen Jahren wurde die Naturschutzstation Marienfelde mit ihrem Naturranger Björn Lindner immer wieder kurzfristig finanziert. Wo am Stadtrand sich Reh und Wildschwein gute Nacht sagen und Moorfrosch, Knoblauchkröte und Zauneidechse gedeihen waren ausgerechnet die Menschen, die dies alles möglich machen immer wieder vom „AUS“ bedroht.

Nun hat die Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg auf Antrag der Grünen beschlossen, 50.000 Euro pro Jahr im Bezirkshaushalt 2016/2017 für die Förderung der Naturschutzstation zur Verfügung zu stellen. Dazu hat sich der Verein Naturwacht e.V. gegründet, der die Naturschutzstation als Pächter betreibt. Ein Vertrag zwischen dem Verein und dem Bezirksamt soll für die Dauer von 10 Jahren gewährleisten, dass Landschaftspflege und Umweltbildung auf dem Gelände weiterhin erfolgreich betrieben wird. Dazu sind während der Wintermonate umfangreiche Umstrukturierungen notwendig. Der Stichel fragte dazu Nathalie Bunke, die im Verein für die Umweltpädagogik zuständig ist.

Frau Bunke, was passiert gerade in der Station, was sind Ihre Pläne für die Winterpause?

Bunke: Wir müssen umfangreiche Instandsetzungsarbeiten vornehmen, das hölzerne Material im grünen Klassenzimmer muss zum Teil ausgetauscht werden. Der Acker neben dem Hühnerhaus wird verdoppelt und Hochbeete angelegt. Dort sollen ab Frühjahr wieder Kinderführungen zum Thema Landwirtschaft stattfinden. Auch die ganze Organisation muss neu aufgebaut werden, wir machen neues Informationsmaterial und Angebote für Schulen.

Wird die Finanzierung vom Umweltamt reichen?

Bunke: Das ist nur die Basis, wir sind mit der Stiftung Naturschutz Berlin im Gespräch über eine weitere Finanzierung unseres Projekts zur Mülltrennung und Recycling und werden mit dem Bundesministerium weiter das Projekt „Vom Acker zum Tisch“ anbieten, wo Kinder etwas über ihr Essen lernen können.

Werden Sie Ihre erfolgreiche Arbeit mit der Jugendgruppe „Zwiebelfrösche“ weiterführen können?

Bunke: Auf jeden Fall werden die Juniorranger weiter mit mir die Natur erkunden. Herr Lindner wird in Zukunft mehr für die Landschaftspflege und deren Überwachung und für Führungen von Erwachsenen zuständig sein. Ich werde das umweltpädagogische Angebot machen.

Vielen Dank für die Auskünfte, wir freuen uns schon auf die Wiedereröffnung der Station im April 2016.

Wer bis dahin neue Informationen will, schaue bitte unter www.naturwachtberlin.de

Renate Giese, BVV B'90/Grüne

Wein, Vin, Vino

Weine am Walther-Schreiber-Platz

rot & weiß

Peschkestr. 1 / Ecke Rheinstraße
Di - Fr 15 - 20, Sa 11 - 16 Uhr
Tel. 8 51 90 39

Ausgewählte Weine direkt von Winzern aus Italien, Deutschland, Frankreich, Spanien, Luxemburg ... und immer wieder neue Entdeckungen. Wir beraten Sie gern - auch für Ihre Feste & Partys Weinproben - Frei-Haus-Lieferservice

Autos+Weine der Weineladen

Willmannsdamm 18 - am U-Bahnhof Kleistpark
Mo - Fr 10 - 19 Uhr, Sa 10 - 16 Uhr
Tel. 7 88 12 00 weinhandlung@autos-weine.de



Kultur

Y-Titty zum Anfassen YouTube Space in der Oberlandstraße eröffnet

Anfang Mai 2015 erlebte die sonst menschenleere Oberlandstraße im Industriegebiet zwischen Stadtautobahn und Bahlsen Fabrikverkauf endlose Schlangen von Fans und kreischende Teenies in den Hallen der alt-ehrwürdigen Union Film.

YouTube hat hier zu den ersten Video-Days in Berlin geladen und nach London hier den zweiten europäischen YouTube Space eröffnet. Wichtige YouTuber wie Joyce Ilg (über 1,0 Mio. Abos), Bullshit TV (über 1,3 Mio. Abos), Digges Ding (270 Tsd. Abos) und Y-Titty (3,1 Mio. Abos) waren zwei Tage zum Anfassen, für Autogramme und Selfies zu haben.

Der in Zusammenarbeit mit der Met-Filmschool Berlin/London betriebene Maker-Space bietet laufend Schulungen für YouTuber an. Workshops zu Film- und Schnitttechnik, „Produzieren mit kleinem Budget“, „4K für jedermann“, „Let's fix it in the post“

gibt's kostenlos, Voraussetzung sind allerdings mehr als 1.000 Abonnenten bei YouTube. Drei vorfabrizierte heimelige Sets – aktuell natürlich mit Weihnachtsset, Schlafzimmer und Berlin-Bar-Besprechungsräume sowie Studiotechnik und Chill Out Lounge stehen zur Verfügung.

Die Google-Tochter YouTube möchte so mehr Qualität und hochwertige Inhalte fördern und natürlich neue Talente an sich binden. Und zu guterletzt kontinuierlich Werbeeinnahmen erzeugen in einem Medienangebot, das für jugendliche Zielgruppen uneinholbar vor dem klassischen Fernseher kommt: Ob Ratgeber-Fashion-Clips wie die „Howe Tose“ von Herrn Tutoriell, Parodie-Musikvideos von Y-tritt, Comedy von Joyce Ilg oder Luke Mickerige oder fast alle zusammen in dem wunderbaren Musikvideo „Halt dein Maul“ von Y-Titty. Natürlich auch noch die US-Vorbilder „Barely Politi-

cal“ oder „GraceInTheBox“.

Da auch schon bisher die Videos der Profis schon lang nicht mehr mit dem Handy zu Hause gedreht wurden, ist um die YouTuber eine neue Kategorie von Vermarktern, neudeutsch Multi-Channel-Networks, entstanden. Das Größte ist in Deutschland sicherlich Mediakraft, der mit seinen über 130 festen Mitarbeitern und großen internationalen Investoren im Rücken vor allem durch den Konflikt und Trennung von ihrem ehemalige Paraderpferd „LeFloid“ (2,8 Mio Abos) fragwürdige Berühmtheit erlangte.

Die Abozahlen bei den Grünen im Bundestag stecken jedoch noch bei knapp 5000 Abos und die des Berliner Grünen Kanals noch unter 100 Abos fest. Hier ist deutlich Luft nach oben und die Grünen, vor allem am traditionellen Filmstandort Tempelhof-Schöneberg, müssen hier vielfältig aktiv werden.



Multi-Channel-Netwerker (Foto: M.Mielek / S.Hoederath / YouTube)

Notker Schweikhardt, MDA
Heinz Jirout
B'90/Grüne



Fotoausstellung

„Das Dokumentarische als Instrument“



Jens Liebchen: „Stereotypes of War“ (Foto: HaK)

Ein Soldat mit Gewehr steht auf einer breiten Steintreppe, über ihm grauer Himmel, unter ihm Stufen aus grauem Stein. Das Woher und Wohin bleibt offen. Das S/W-Foto ist aus der Reihe „Stereotypes of War“ von Jens Liebchen. Fünf Straßen kreuzen sich im Nirgendwo. Die wenigen Häuser, die verloren herumstehen, sehen in der schmutzigen Schneelandschaft aus wie auf der Flucht steckengeblieben. Der Blick bleibt an einem großen Stern hängen. Was soll der Stern an der Seitenwand der Scheune? Oder ist es doch ein jüdisches Gemeindezentrum? Das Bild „Altlandsberg“ gehört zur Reihe „Der Traum vom Reich“ von Arwed Messmer. 1992 aufgenommen wurden die Negative 2008 zu einem 40 x 99 cm großen S/W-Foto digital zusammengesetzt. Das Resultat: enorme Tiefenschärfe, jedes

Detail ausgeleuchtet, superrealistisch. Das zerstörte Berliner Stadtschloss. Acht Aufnahmen von Fritz Tiedemann aus dem Jahr 1949. Auch sie wurden 2008 digital zusammengesetzt zu einem fünf Meter großen Bild. Auch hier eine ungeheure Plastizität.

Es sind starke Fotos, die die Gruppe der „lux fotografen“ hier präsentiert. Viele hinterlassen einen Eindruck, den man lange noch vor Augen hat. Bei manchen möchte man weiter recherchieren über das Was und das Wo und das Wann. Dafür stellt die Ausstellung Fotobücher der Künstler bereit, in denen man auf die Suche gehen kann.

(Haus am Kleistpark | bis 13. Dezember)

Elisabeth Kiderlen
kulturpolitische Sprecherin
B'90/Grüne

Liberal-Islamischer Bund

Wer von „Islam“ hört, ist leicht versucht, an Gewalt, Terror, an IS, die „Gottesstaaten“ Iran und Saudi-Arabien zu denken, an nichts Positives also. Ein verzerrtes Bild des Islam, den es als einheitlichen gar nicht gibt. Gegen dieses Bild spricht vieles: schon bereits die Tatsache, dass die meisten Opfer von islamistischem Terror weltweit Muslime und Musliminnen sind. Das aber wird kaum wahrgenommen.

In Deutschland zeigen sich heute stärkere Differenzierungen in der muslimischen Community als noch vor Jahren. Da sind: orthodox-konservative Verbände, eher landsmannschaftlich als religiös orientiert, oder gar als Auslandsabgänger einer anderen Regierung, wie etwa Diti, der lange Arm der türkischen Regierung und des islamisch-konservativen Kurses von Erdogan und seiner AKP. Hinzugekommen ist der Liberal-Islamische Bund (LIB), der sich deutlich für die freie Gesellschaftsordnung in Deutschland, für Gleichberechtigung von Mann und Frau, für die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen, aber auch gegen Rassismus und Antisemitismus ausspricht. Der LIB wirbt für eine Reform des Islam und fordert die Muslim/innen auf, hierüber frei zu diskutieren. Seit 2015 dabei ist auch das Muslimische Forum Deutschland (MFD), in dem sich auch der islamische Reformprof. Khorchide engagiert. Das MFD engagiert sich für das friedliche Zusammenleben aller in der pluralen werdenden Gesellschaft Deutschlands und fordert von allen die strikte Achtung der Menschenrechte, der Freiheit und der Demokratie. „Wir haben das Ziel,

den humanistisch orientierten Muslimen eine Stimme zu verleihen“, heißt es im Programm. Wichtig für die humanistischen Muslime: eine Trennung von Staat und Religion, die Selbstbestimmung der Frau, die Ablehnung patriarchalischer Strukturen, eine Erziehung der Kinder zu einem selbstbestimmten Leben. Deshalb lehnt das Forum die von konservativen Muslimen betriebenen Freistellungen der Kinder, insbesondere der Mädchen, vom Sexualkunde- und vom Schwimmunterricht, von Klassenfahrten strikt ab. Das MFD scheut klare Worte nicht: Es lehnt nicht nur antimuslimische, antisemitische und rassistische Stereotypen, sondern auch die in manchen muslimischen Communities verbreiteten deutschenfeindlichen Hasideologien ab.

Beide – LIB und MFD – werden von Seiten der Grünen als Ausdruck liberaler menschenrechtlich orientierter Entwicklungen bei Muslim/innen begrüßt. Solche Organisationen müssen in der Kooperation des Staates mit „dem Islam“ eine größere Rolle spielen als bisher. Das wäre gut für die Entwicklung unserer pluralen Gesellschaft und die Demokratie.

Walter Otte
Bundessprecher der säkularen Grünen
B'90/Grüne

Näheres zum Liberal-Islamischen Bund:
<http://www.lib-ev.de/index.php?c=31>
und zum Muslimischen Forum
Deutschland: <http://www.muslimisches-forum-deutschland.de/>



Soziologe, Islamwissenschaftler und Religionspädagoge: Prof. Dr. Mouhanad Khorchide versteht sich als Brückenbauer zwischen Islam und westlicher Welt.
(Foto: flickr.com/Metropolitico.org)

Impressum

Herausgeber
Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen
Tempelhof-Schöneberg,
Kiezbüro: Fritz-Reuter Straße 1, 10827 Berlin

Redaktion
Rainer Jehle, Heinz Jirout, Rainer Penk,
Jürgen Roth, Christian Sandau

Kontakt
Telefon: 030 - 53 60 41 46
E-Mail: buero@gruene-ts.de
www.derstichel.de

Leserbriefe
E-Mail: leserbriefe@derstichel.de

Anzeigen
über E-Mail: buero@gruene-ts.de
Anzeigenschluss der nächsten Ausgabe:
01.03. 2016

Gestaltung
Oliver Dix »Zeit für Gestaltung«
Telefon: 030 - 89 61 71 87
E-Mail: o.dix@web.de

Druck
Möller Druck und Verlag GmbH

Die CO₂-Emissionen dieser Zeitung wurden durch CO₂-Emissionszertifikate ausgeglichen. Informationen unter:
www.climatepartner.com

ClimatePartner
Klimaneutral
Druck | ID 10389-1511-1019

Auflage
12.000

V.i.S.d.P.
Rainer Jehle

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den AutorInnen selbst verantwortet und geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe und Beiträge zu kürzen.

Verteilorte
Bahnhofstr. (Lichtenrade), Bayerischer Platz, Breslauer Platz, Crellstr., Hildburghäuser Str., Julius-Leber-Brücke, Kaiser-Wilhelm-Platz, Karstadt Tempelhofer Damm, Marienfelder Allee, Winterfeldtplatz und viele mehr...

...und auch hier erhältlich
Friseur Kopfsache, Tempelhofer Damm 198
| Buddha-Haus, Akazienstr.28 | Kopernikus Apotheke, Motzstr. 59 | Bio-Insel, Leberstr. 2 | Eisenherz-Buchladen, Motzstraße 23 | Bilderbuch, Akazienstraße | Ebbes, Crellstr. 2

www.derstichel.de

Der nächste Stichel erscheint im
im März 2016

Es gibt
ebbes...

Inh. Wolfgang Stepper

... in der Crellstraße 5
Telefon 030 - 70 09 48 13
Fax 030 - 70 09 48 14
E-Mail: ebbes.wstep@t-online.de
<http://www.ebbes-in-Berlin.de>

Schwäbische Produkte
aus Hohenlohe und Umgebung
von Direktvermarktern,
Erzeugern und anderen

Öffnungszeiten: Montag – Freitag 10 – 19.30 Uhr
Samstag 9.30 – 16 Uhr

- Maultaschen
- Nudeln vom Bauernhof
- Dosenwurst
- Schinken/Rauchfleisch
- Landjäger + Salami
- Honig + Marmelade
- Weine, Sekt + Secco
- Obstbrände + Liköre
- Saisonale Produkte
- Traubensaft + Wilbele
- Räucherforelle, filetiert
- Hohenloher-Landbier

Immer samstags:
Brezeln, Laugenweck,
Dinkel Seelen, dunkles
Bauernbrot, Schwarzwälder



Partei-Leben

Menschen lieben Teams

... auch und gerade in der Politik!

Die Frage nach der Spitzenkandidatin, dem Spitzenkandidat, eines Spitzenteams oder einer Kombination bietet den ersten emotionalen Höhepunkt eines jeden bündnisgrünen Wahlkampfes. Für die Presse scheint es verlockend zu sein, durch Spekulation eine wirkliche Nachricht zu provozieren. Erfahrungsgemäß lädt dies gerade die Mitbewerber von SPD und CDU ein entweder kräftig mitzuspekulieren, zu kommentieren oder herabzuwürdigen. So war es dieses Jahr, so war es aber auch 2010.

Aber was bleibt nach dieser Politikflore? Zunächst ist es die Gewissheit, dass auch bei einer Programmpartei Menschen und Gesichter eine absolut wesentliche Schnittstelle bei der Vermittlung von bündnisgrünen Inhalten sind. Der Anspruch muss ebenso sein, dass die Person oder die Personen die Partei geschlossen in und aus dem Wahlkampf führen. So banal diese beiden Kriterien zunächst klingen mögen, so herausfordernd ist es, diese einzulösen.

Antje Kapek, Bettina Jarasch, Daniel Wesener und Ramona Pop sind vor dem Hintergrund dieser Kriterien zunächst eine naheliegende Wahl. Zusammen führen sie seit einigen Jahren

Partei oder Fraktion. Damit erfüllen sie auch implizit Quotierungs- und Flügelaspekte, die wir in Berlin bei der Wahl für Spitzenpositionen in den letzten Jahren angelegt haben. Was ist eigentlich selbstverständlicher bei einem Landesverband, der die Trennung von Amt und Mandat ernst nimmt, als die maßgeblichen Vertreter von Partei und Fraktion als Spitzenteam zu berufen?

„Menschen lieben Teams“, sagt Stefan Wallner von den österreichischen Grünen. Betrachtet man die Kampagnen und Erfolge unserer Parteifreunde in Österreich, erhält das Zitat Nachdruck. Aber viel Fantasie bedarf es nicht, um in der Gegenüberstellung unseres Quartetts zum SPD- oder CDU-Silberrücken eine Botschaft zu sehen. Unstrittig ist jedenfalls, dass ein Bild mehr als tausend Worte sagen kann.

Marc Urbatsch
Schatzmeister
B'90/Grüne



Unser Spitzenteam für Berlin:
Ramona Pop, Daniel Wesener, Bettina Jarasch, Antje Kapek (Foto: B'90/Grüne)

Termine von B'90/Grüne:

Sa. 12.12., 10-12 Uhr
Einladung zum fairen Adventsfrühstück,
Ort: Bürger*innenbüro Marienfelde von Anja Schillhaneck, MdA,
Hildburghäuser Straße 29, 12279 Berlin
(gegenüber der Helgoland-Apotheke); Bushaltestelle Tirschenreuther Ring

Als Expert*innen sind dabei
- Volkmar Lübke (TransFair)
- Aferdita Suka (grüne BVV-Fraktion Tempelhof-Schöneberg,
Steuerungsgruppe FairTrade-Bezirk)

Organisatorischer Hinweis: Bitte meldet euch an unter
buero.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de,
damit wir den Einkauf planen können!

Weitere Termine: <http://www.gruene-ts.de/kalender/>

Empfehlung:

Sa. 6.12., 13-18 Uhr
Friedenauer Engelmart
Ort: Breslauer Platz in Berlin-Friedenau
Neben traditionellem Kunsthandwerk und selbstgemachten Leckereien gibt es auch Informationsstände aus dem Bezirk.

Wie funktioniert Politik heute?

In der Schule haben wir es in der Theorie gelernt, außerdem begleiten uns täglich eine Reihe von Klischees und Vorstellungen über die Arbeit von Abgeordneten. Durch meine Teilnahme an „Jugend und Parlament 2015“ konnte ich den politischen Alltag selbst ein Stück weit in Erfahrung bringen.

Aktive Beteiligung im Bundestag (Foto: Lea Schiefelbein)



„Jugend und Parlament“ ist ein Planspiel, bei dem jährlich 315 Jugendliche den Gesetzgebungsprozess erlernen. Dafür versetzen sie sich vier Tage lang in den Alltag der Bundestagsabgeordneten.

Im Bundestag traf ich auf hunderte Gleichaltrige, die sich nicht kannten, die aber alle das gemeinsame Interesse Politik verband. Von Anfang an verband uns eine positive Grundstimmung, die Motivation dieses gemeinsame Interesse genauer zu erforschen. Nach einer kurzen Begrüßungsphase verging die Zeit im Rekordtempo. Wir fühlten uns schnell, vertieft in einen Berg von Themen, Aufgaben und Terminen, dem aufreibenden Leben eines MdB nahe. Vorstandswahlen, Einarbeitung und Positionierung zu Gesetzesvorlagen, Pressekonferenzen, Reden schreiben, Ausschusssitzungen, Plenardebatten und vor allem wenig Schlaf standen auf der Tagesordnung. Hinter den realen, öffentlichen Plenardebatten steckt – wer hätte das gedacht – doch ein enorm anstrengender Arbeitsprozess. Ich bin froh, diesen beeindruckenden Einblick in die aktive Politik bekommen zu haben und hoffe, dass in Zukunft das Interesse junger Menschen steigt, Politik mitzugestalten. Für mich waren es wertvolle Erfahrungen.

Lea Schiefelbein
Grüne Jugend Tempelhof-Schöneberg
B'90/Grüne

Neue Politik braucht das Land

Weichenstellungen auf Grünem Parteitag

Grüner, also besser wirtschaften, um unsere Lebensqualität zu erhalten. Dies war einer der Schwerpunkte auf unserem Bundesparteitag Ende November in Halle. Gemeint sind hierbei u.a. der schonendere Umgang mit Ressourcen. Als unabdingbar erachten wir aber auch die Förderung von Wissenschaft und Innovationen sowie mittelständischer Unternehmen, die energieeffiziente Verfahren entwickeln helfen. Sorgen wollen wir für Arbeitsplätze und Gehälter, die es den Menschen ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Sozialen Konflikten muss vorgebeugt werden.

Die „Grüne Arbeitszeitpolitik“ sieht eine Ausweitung des Elterngeldes auf 24 Monate vor, um die Erziehungsarbeit von jungen Vätern und Müttern zu unterstützen und zu erleichtern. Zugang zu beruflicher Weiterbildung sollte vereinfacht werden. Mehr Zeit und finanzielle Unterstützung wollen wir für Menschen, die sich um pflegebedürftige Angehörige oder Bekannte kümmern.

Klar wenden sich die Grünen gegen das verantwortungslose Agieren der Großen Koalition und treten ein für mutiges Handeln im Interesse einer humanen Flüchtlingspolitik und ei-

ner modernen Einwanderungsgesellschaft. Menschlichkeit zeigen, Probleme endlich anpacken, Ehrenamtliche unterstützen und Fremdenhass entgegenwirken sind die Gebote der Stunde. Weder politischer Druck rechter Politiker noch terroristische Attentate dürfen zu einem Abbau der Grundrechte führen.

Bei den Vorstandswahlen wurden Simone Peter und Cem Özdemir als Bundesvorsitzende bestätigt.

Rainer Jehle
Kreisvorsitzender Tempelhof-Schöneberg
B'90/Grüne

Forum Schöneberg

Mitreden und Mitgestalten im Kiez

ZUM THEMA
ÄLTER WERDEN IM KIEZ

AM 03.12.15 - 18 UHR

BAPTISTENGEMEINDE
HAUPTSTRASSE 125 A
10827 BERLIN

MIT
CATHERINA PIEROTH-MANELLI

WIR FREUEN UNS AUF SIE!

WWW.GRUENE-TS.DE

Älter werden im Kiez

Wie können ältere Menschen so lang wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld bleiben? Welche Treffpunkte gibt es im Kiez und was wird noch gebraucht? Welche Unterstützung benötigen Pflege-, Sozial- und Mobilitätsdienste?

Gemeinsam mit Dagmar Wend, die uns die Wohnheime, Pflegeeinrichtungen und Suppenküche in der Hauptstraße 125 A vorstellt, sprechen wir über gemeinsame Belange und Kontaktmöglichkeiten von Jung und Alt und die Herausforderungen, die uns mit unserer älter werdenden Gesellschaft begeben.

Für das leibliche Wohl ist gesorgt - wir freuen uns auf Sie!

Herzliche Grüße,
Ihre Catherina Pieroth-Manelli
Vorsitzende des Kreisvorstands Tempelhof-Schöneberg
B'90/Grüne

* * *

QUERSCHNITT

WEINE & FEINES

Querschnitt Weine • Winterfeldtstr. 46 • 10781 Berlin

Öffnungszeiten:
Montag-Freitag 11.00-19.30 Uhr
Samstag 10.00-18.00 Uhr

kontakt@querschnitt-weine.de
www.querschnitt-weine.de
030-216 87 00



Aus aller Welt

Friedensnobelpreis für tunesisches Dialogquartett

Auszeichnung für hohe Kunst der Kompromissfindung

Nobelpreis für tunesisches Dialogquartett

Eine überraschende und kluge Entscheidung: Das Oslo-Komitee hat den Friedensnobelpreis 2015 an drei Männer und eine Frau in Tunesien verliehen, die zwar nur im Hintergrund wirkten, dies aber mit einem alles entscheidenden Erfolg.

2013, drei Jahre nach Beginn der tunesischen Arabellion, dem Aufstand vornehmlich der Frauen und Jugend gegen die korrupte und autokratische Regierung von Präsident Ben Ali, stand der Frieden auf der Kippe. Die Polarisierung der Gesellschaft zwischen Anhängern der Ennahda, der moderat islamistischen Partei, und den Säkularen hatte sich immer weiter zugespitzt. Und nach zwei tödlichen Attentaten auf Politiker schienen die Energien, gemeinsam eine neue Verfassung zu erarbeiten, erschöpft.

Es waren vier Repräsentanten der Zivilgesellschaft, Vertreter der tunesischen Gewerkschaftsunion, der Anwaltskammer, der Liga für Menschenrechte und eine Vertreterin des Arbeitgeberverbands, welche die tief verfeindeten

Kontrahenten immer erneut an einen Tisch brachten: Dafür wird das resolute und hartnäckige Quartett nun geehrt. Es waren aber auch Politiker beider politischen Blöcke, die weit-sichtig genug waren, um zu wissen, dass der Frieden nur eine Chance hätte. Gelänge es nicht, die Differenzen in Kompromisse zu überführen, wäre der Bürgerkrieg nicht weit.

Das Misstrauen zwischen Säkularen und Islamisten ist in Tunesien groß. Die Oberschicht orientiert sich seit jeher nach Paris, sie ist radikal laizistisch und begrüßt die nach dem Unabhängigkeitskrieg festgeschriebenen Rechte der Frauen. Nichts befürchten diese emanzipierten Tunesierinnen mehr, als dass ihnen ihre Rechte wieder genommen würde. 2013 kam es zu Demonstrationen, die Frauen wollten keinen Zweifel daran lassen, dass sie im Notfall ihre Rechte energisch verteidigen. Ihnen gegenüber stand die Anhängerschaft der Ennahda, die jetzt aus den Gefängnissen kam. 1991 hatte Ben Ali 21 000 Frauen und Männer der islamistischen Partei eingesperrt - und seine Gefängnisse waren berüchtigt. Auch die nun Befreiten träumten von



(Foto: brde)

einem neuen Tunesien und es waren starke Frauen darunter, wie die spätere Parlamentspräsidentin. Sie wollten, dass ihre Leiden anerkannt und sie für 20 verlorene Jahre entschädigt würden. Zwischen den Blöcken herrschte Sprachlosigkeit.

Trotz allem: Es gelang. In der neuen Verfassung steht eine der modernsten Formulierungen von Frauenrechten überhaupt. Die Quotierung (50 Prozent Frauen, 50 Männer und das

abwechselnd) wurde für alle Parteien verbindlich. Die Säkularen ebenso wie Ennahda als größte Partei stimmten zu. Der Islam wurde als Staatsreligion festgelegt und gleichzeitig auch die Religionsfreiheit. „Etwas unentschieden,“ kritisieren einige, „ein lebensnaher Kompromiss,“ sagt die Mehrheit. Und so hat Tunesien in einem langen Ringen bewiesen, dass Islam und Demokratie sich nicht ausschließen müssen.



Elisabeth Kiderlen, BVV
kulturpolitische Sprecherin
B'90/Grüne

Wahlen in der Türkei

13 Sitze fehlen Erdogan zur Diktatur



Der Sonnenkönig lässt grüßen: Erdogan architektonisch schon recht absolutistisch
(Foto: Bundesregierung / Guido Bergmann)

Erst elf Tage nach dem Sieg der islamisch-konservativen AKP bei der Parlamentswahl in der Türkei steht das amtliche Endergebnis fest. Die AKP von Präsident Erdogan hat mit 49,5 Prozent der Stimmen 317 der 550 Sitze in der Nationalversammlung gewonnen. Ihm fehlen nur 13 Abgeordnete für ein Verfassungsreferendum, mit dem die Partei ein Präsidialsystem mit Erdogan an der Spitze einführen will. Die größte Oppositionspartei – die Mitte-Links-Partei CHP – gewann 25,32 Prozent der Stimmen und stellt künftig 134 Abgeordnete. Drittstärkste Kraft im Parlament wird die bürgerrechtlich positionierte HDP mit 59 Sitzen, gefolgt von der ultrarechten MHP mit 40 Sitzen. Was vor und nach diesen Wahlen passiert ist, hat indes mit Demokratie nur am Rande zu tun. Die HPD wurde verfolgt, Parteibüros in Brand gesetzt und die Unterstützer gewaltsam eingeschüchert.

Im Mittelpunkt dieses Systems steht der Bonsai-Kalif Recep Tayyip Erdogan. Er sollte nach der türkischen Verfassung als Staatspräsident unabhängiger Dritter sein. Diese Rolle füllt

er aber demonstrativ nicht aus. Seit Jahren hat er sich eine unangreifbare Stellung verschafft, mit deren Hilfe er die Türkei in einen islamistisch-autoritären Staat umwandeln will. Dieses Wahlergebnis ist ein weiterer Schritt in diese Richtung. Es bleibt nur zu hoffen, dass die durch staatliche Gewaltakte geschwächte Opposition stark genug ist, die für ein Ermächtigungsgesetz nötige Zweidrittelmehrheit im Parlament zu verhindern.

Leider versagt die Europäische Union auch hier. Sie lässt sich mit der Drohung erpressen, die vielen Flüchtlinge in der Türkei nach Westeuropa „durchzureichen“. Nicht ohne Grund fuhr die Kanzlerin noch während des Wahlkampfes nach Ankara, um durch Wahlkampfhilfe für die AKP die Zurückhaltung der Regierung in der Flüchtlingsfrage zu erreichen. Mit dieser Politik kann Ankara sicher kurzfristig die Schwäche der Europäer nutzen, aber den Beitritt zur EU für lange Zeit vergessen.

Jürgen Roth
B'90/Grüne

Handelsabkommen TTIP

Im Westen nichts Neues

Das war stark am 10. Oktober. 250.000 Bürger/innen zeigten, sie wollen keinen Demokratieabbau zur Förderung des Freihandels. In Brüssel ist es derweil ruhig. Die Verhandlungsrunden schleppen sich dahin. Von einem großen Durchbruch ist nichts zu sehen. Je größer der Widerstand in Europa und in den USA wird, desto schwieriger wird es für TTIP & Co. Der erste Test für die Dutzenden von geplanten EU-Freihandelsverträgen wird jedoch nicht TTIP sein, sondern die Verträge mit Kanada, Vietnam und Singapur. Sie sind alle mehr oder weniger ausverhandelt samt privater Schiedsverträge, Regelungen mit Beschränkungen für die kommunale Daseinsvorsorge und fragwürdigen juristischen Konstruktionen. Im Falle von CETA kann das Abkommen im Nachhinein verändert werden, ohne dass die Parlamente erneut befasst werden müssen. Daher dürfen wir uns keinen Bären aufbinden lassen. Keinen aus Berlin von der Bundesregierung und auch keinen von der EU-Kommission aus Brüssel.

Die bilateralen Abkommen sind, so wie sie sind, nicht zustimmungsfähig. Grüne müssen sie im Europaparlament, im Bundestag und in den Bundesländern ablehnen. Wir brauchen



Kritische Bürger*innen zeigen Flagge (Foto: Jakob Huber)

keine Schwächung der europäischen Demokratie, um fairen Handel zu fördern. Die EU wie Deutschland sollten vielmehr alles daransetzen, um die Welthandelsorganisation (WTO) zu einem Akteur für sozialen und ökologisch verträglichen Handel zu machen.

Sven Giegold, MdEP
B'90/Grüne

Die Anschläge in Paris

Pauschale (Vor-)Urteile über Muslime verhindern

Die Anschlagsserie in Paris darf nicht für eine pauschale Diffamierung von Muslimen und Flüchtlinge missbraucht werden. Die Europäische Rechte, gerade die Nationale Front in Frankreich und die CSU in Bayern in der Person ihres Finanzministers machen schon mobil.

Es gibt keinen Grund für einen Generalverdacht gegen alle Muslime. Vergessen wir nicht: Die meisten Opfer islamistischer Anschläge weltweit sind selbst Muslime. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Attentäter in den muslimischen Gemeinden in Deutschland bei all ihrer Unterschiedlichkeit Unterstützung erfahren haben. Der IS will gerade Feindschaft und Misstrauen der verschiedenen Kulturen und Religionen in Europa sowie in der arabischen Welt säen. Anschläge finden daher an den Orten statt, wo ein liberales Miteinander gepflegt oder zumindest angestrebt wird. Die Bomben gehen nicht in Saudi-Arabien hoch, sondern im Libanon und Tunesien. Wer hier in Deutschland Ausgrenzung predigt, spielt dem IS in die Hände! Wichtig ist, die neu ankommenden Flüchtlinge insbesondere aus Syrien nach der Genfer Flüchtlingskonvention anzuerkennen und sie mit dem Ziel der zügigen Integration in den deutschen Arbeitsmarkt aus- und weiterzubilden.

Für alle im Land gilt das Grundgesetz, die Gleichstellung der Geschlechter und die Anerkennung von Homosexualität sowie der Respekt vor eigenen Entscheidungen der Kinder bei der Wahl ihrer Partnerinnen und Partner. Nötig sind dabei auch verstärkte Anstrengungen der verschiedenen islamischen Gemeinschaften. Hier müssen liberale Kräfte stärker ihre Stimme erheben und um mehr Einfluss kämpfen.



Symbol der Trauer und der Solidarität
(Foto: privat)

Otto Bufonto
B'90/Grüne